

Zusammenarbeit zwischen den Staaten und der Förderung des Schutzes des geistigen Eigentums (u. a. auch wissenschaftlich-technische Ergebnisse) dient die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO), der auch die DDR angehört. Diese Organisation ist das koordinierende Zentrum der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Schutzes des geistigen Eigentums. Sie ist eine Dachorganisation verschiedener internationaler Verbände, u. a. auch der Pariser Verbandsvereinbarung zum Schutze des gewerblichen Eigentums (PVÜ), die der Erleichterung des Erwerbs und der Aufrechterhaltung von Patenten und anderen gewerblichen Schutzrechten im Ausland dient. Die wesentlichen Vorteile der PVÜ bestehen in der Gleichstellung der Ausländer mit den eigenen Staatsangehörigen in bezug auf den Rechtsschutz für das gewerbliche Eigentum und in der Anerkennung der Priorität der Erst anmeldung als Unionspriorität für alle weiteren Anmeldungen in Mitgliedsländern der PVÜ, soweit die hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind. Die DDR ist Mitglied der PVÜ. Der Unterstützung und Förderung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten des RGW dienen spezielle Abkommen und Vereinbarungen, die den Rechtsschutz von Erfindungen in diesen Beziehungen zum Gegenstand haben.

Erfurter Programm: marxistisches Programm der deutschen Sozialdemokratie, angenommen auf deren Parteitag in Erfurt am 21. 10. 1891 (—*■ *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*). Gestützt auf »Das Kapital« und das »Manifest der Kommunistischen Partei«, wurden im ersten Teil des Programms die sozialistischen Grundsätze und Ziele der Arbeiterklasse und ihrer Partei dargelegt: Verwandlung des

Privateigentums an Produktionsmitteln in sozialistisches Eigentum. Diese »Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts«. (Dokumente zur Geschichte der SED, 1, S. 114) Das kann aber nur das Werk der Arbeiterklasse sein; zur Erfüllung ihrer welthistorischen Mission muß die Arbeiterklasse den Kampf um die politische Macht führen. Diesen Kampf bewußt und einheitlich zu gestalten und ihm sein Ziel zu weisen, wurde zur Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei erklärt. Das E. P. bekannte sich zu den Prinzipien des —► *proletarischen Internationalismus*. Der zweite Teil des E. P. enthielt die unmittelbaren politischen Forderungen. Als einzige Partei in Deutschland setzte sich die Sozialdemokratie für die Erweiterung der bürgerlich-demokratischen Rechte ein, u. a. für ein demokratisches Wahlsystem, die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde; die Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung; die Ersetzung des stehenden Heeres als Machtinstrument der herrschenden Klassen durch eine Volkswehr; unbeschränkte Koalitions- und Versammlungsfreiheit; Gleichberechtigung der Frau; eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung. Das E. P., unter maßgeblichem Einfluß von F. Engels entstanden, faßte die Ergebnisse der politisch-ideologischen Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie unter dem —«• *Sozialistengesetz* zusammen und widerspiegelte die Durchsetzung des Marxismus (—► *Marxismus-Leninismus*) in der deutschen Arbeiterbewegung. Es war gegenüber dem —*■ *Gothaer Programm* ein bedeutender Fortschritt. Die breite, dreimonatige Diskussion des Programmentwurfs bewies, daß sich die Parteimitgliedschaft die marxistischen Grundsätze des E. P. zu eigen gemacht hatte.